

NORDEUROPAforum

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

1/1999

9. Jahrgang (2. der N.F.)

Seiten 141-143

[zur Startseite](#)**Teija Tiilikainen: *Europe and Finland. Defining the Political Identity of Finland in Western Europe.* Ashgate: Aldershot, 1998, 185 S.**

In ihrer von der Åbo Akademi University in Turku angenommenen Dissertation unternimmt die Autorin den anspruchsvollen Versuch, Finnlands „politische Identität“ in der europäischen Integration zu bestimmen. Im ersten Teil geht es ihr um eine Analyse der Haupttrends im politischen Denken Europas, die die Integration des Kontinents gewissermaßen vorgedacht haben. Vor allem angelehnt an Q. Skidders Foundations of Modern Political Thought (Cambridge 1978) untersucht die Autorin drei Denkschulen oder „politische Kulturen“, die in Europa seit dem Mittelalter bestimmend gewesen seien. In und nach der Reformation kristallisierten sich diese im Luthertum, im Calvinismus und im gegenreformatorischen Katholizismus heraus. Diese drei Denkströmungen hätten bezüglich der europäischen Staatenbildung seit dem Westfälischen Frieden auch drei unterschiedliche Staatskonzeptionen hervorgebracht: der Calvinismus den liberalen, der Katholizismus den republikanischen und das Luthertum den absolutistischen Staat. Die Dreiteilung Skidders und der Autorin ist zu vergleichen mit anderen grundlegenden Unterscheidungen, wie sie etwa Otto von Guericke und Martin Wight bereits früher vorgeschlagen haben. Wight hat in den 50er Jahren mit seinen „three traditions“ eine bis heute intensiv diskutierte systematische Analyse der Theorien internationaler Politik erarbeitet, die insbesondere Hedley Bulls Werk befruchtet hat.

Interessant ist der Versuch Tiilikainens, mit Hilfe ihrer drei unterschiedlichen „Idealtypen“ staatspolitischen Denkens in Europa die Entwicklungstrends und Brüche in der Integrationsgeschichte Westeuropas nach dem Zweiten Weltkrieg zu rekonstruieren. Es handelt sich hierbei gewissermaßen um theoretisch-konzeptionelle „Idealtypen“ im Sinne Max Webers, während die politische Praxis selbstverständlich auch Zwischenformen und Kompromißlinien zwischen den unterschiedlichen Denktraditionen zu verzeichnen hat. Insofern gerät der Autorin die Anwendung der Idealtypen auf die Integrationsentwicklung und –Problematik bisweilen etwas holzschnitthaft-vereinfachend. So ist ihre These, die Einstellung zum vereinten Europa sei nach 1945 vor allem von den „katholischen politischen Kulturen“ bestimmt, sicherlich nicht falsch; sie wirkt aber dennoch überpointiert. So dürfte ausschlaggebend gewesen sein, daß über einzelne Länder und politische Strömungen hinaus nach dem katastrophalen Zweiten Weltkrieg ein Parteien und Denktraditionen übergreifender Grundkonsens in Westeuropa vorgelegen hat, einen radikalen Neuanfang „jenseits des traditionellen Nationalstaats“ zu unternehmen.

Interessant-provokativ wirkt die in Kapitel 4 ausgeführte These der Autorin, die aktuellen integrationspolitischen Probleme der EU (insbesondere das „Demokratiedefizit“) ließen sich auf die zuvor analysierten drei unterschiedlichen Denktraditionen Westeuropas zurückführen. Manche Einsichten wirken verblüffend-eindringlich, andere erscheinen mangels weiterer heranzuziehender Faktoren überpointiert. So wird eine hinreichende Analyse der aktuellen Probleme etwa die unterschiedlichen

nationalstaatlichen Traditionen stärker zu berücksichtigen haben. Dabei fällt auf, daß Martin Wights Unterscheidung zwischen realistischer, internationalistischer und universalistischer („revolutionärer“) Tradition nicht auf einzelne religiöse Ursprünge abgehoben hat. Frankreichs Tradition der „grandeur“ – ob unter de Gaulle in den späten 50er und frühen 60er Jahren oder unter Chirac heute – wäre dementsprechend weniger der katholischen als vielmehr der realistischen Denktradition geschuldet.

Auf diesen Sachverhalt weist die Autorin im zweiten Teil der Studie mehrfach implizit hin, wenn sie „Finnlands Identität“ an den erörterten drei westeuropäischen Denktraditionen mißt. Die Hinweise auf den Einfluß des Luthertums – ob kulturell allgemein oder staatspolitisch im besonderen – sind wohl angebracht. Bezeichnend ist jedoch, daß die Autorin darüber hinaus – sehr zu recht – die starke staatszentrierte „realistische“ Tradition im politischen Denken Finnlands herausarbeitet. Diese Tradition von Thukydides, Hobbes, Morgenthau bis Kenneth Waltz geht bekanntlich über konfessionelle Unterscheidungen weit hinaus und hebt statt dessen auf anthropologische oder strukturelle Faktoren der internationalen Politik ab. Wenn Tiilikainen die „Hegemonie des politischen Realismus“ im finnischen politischen Denken betont (S. 158), so hebt sie damit doch auf eine Denktradition ab, die zu der von ihr postulierten „Dreiteilung“ gewissermaßen „querliegt“. Dieser systematische Widerspruch verdient weitere Analysen.

Dem wesentlichen Fazit der Autorin ist zuzustimmen, wenn sie betont, auch als Mitglied der EU halte Finnland an seiner politischen Identität fest, die von einer staatszentrierten, realistischen Grundkonzeption ausgehe. Damit ist allerdings das Paradoxon nicht erklärt, weshalb sich Finnland heute als „integrationspolitischer Musterknabe“ Nordeuropas verhält, indem es am Projekt der gemeinsamen Währung von elf EU-Mitgliedstaaten von Anfang an teilnimmt. Der Euro wird die Integration Europas weiter vertiefen und den Teilnehmerstaaten in einem weiteren Kernbereich staatlicher Souveränität maßgebliche Kompetenzen rauben – die Kontrolle über die eigene Währung. Die währungspolitischen Krisen der 90er Jahre haben zwar mehrfach (etwa in Großbritannien und Italien im September 1992) gezeigt, daß die heutigen Nationalstaaten Europas ihre Währungen nicht mehr in eigener Regie zu kontrollieren imstande sind. Dennoch bleibt zu erklären, weshalb das protestantische Finnland – anders als die ähnlich geprägten Länder Dänemark und Schweden – am Euro von Anfang an und mit derartiger Gewißheit teilnimmt. Könnte es sein, daß sich Finnland entgegen seiner politischen Tradition an einem Projekt beteiligt, zu dem es heute in Europa offensichtlich keine Alternative gibt? Und könnte es sein, daß sich Jean Monnets „List der Integration“ gegenüber den einzelnen politischen Denktraditionen durchsetzt – ohne daß dies im politischen Diskurs der betroffenen Länder richtig sichtbar wird?

Helmut Hubel